



GORLEBEN NACHRICHTENDIENST

BIB 3
Digitalisate
012.3.3

Alte Heerstraße 10, 3131 Küsten Tel.: 05841/5964 · 05864/1053 · 05841/6112

30.8.1982

MASSIVE EINSCHÜCHTERUNGSKAMPAGNE VOR GROBDEMONSTRATION

Wenige Tage vor den Gorleben-Protestaktionen vom 3. bis 5. September massieren sich Schadenersatzforderungen an Atomkraftgegner.

Die neueste Forderung von je DM 308 ging an fünf willkürlich ausgewählte Teilnehmer einer friedlichen Sitzblockade gegen Bohrfahrzeuge im September 1979 in Dannenberg. Absender ist die Physikalisch - Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig, die auch vor kurzem von 7 Bauern ca. 30.000 DM Schadenersatz für eine Bohrfahrzeugblockade mit Traktoren im Mai 1979 forderte. Ebenso erhielten 41 Atomkraftgegner Forderungen über DM 1000, weil sie sich zum Zeitpunkt der Räumung durch Polizei angeblich im Anti-Atom Dorf 1004 im Juni 1980 aufhielten.

Sprecher des Gorlebenwiderstandes bezeichnen die Zahlungsaufforderungen als massive Einschüchterungsversuche vor der geplanten Großdemonstration und Belagerung des **Zwischenlagers**. Gleichzeitig wurde betont, daß diese Strategie ihr Ziel nicht erreichen werde.

Kontakt: Gabi Jäger 040/478319

WAA DOCH NACH GORLEBEN

Gorleben bleibt weiterhin als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage im Gespräch. Das wurde bei einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg deutlich.

Unter dem Motto "Fünf Jahre Gorleben - Beispiele politischer Gewalt gegen Bürger" kamen zahlreiche Wissenschaftler, betroffene

Bürger, und auch Kommunalpolitiker am 28. August in Lüchow zu Wort.

Dr. Helmut Hirsch, Leiter des Instituts für ökologische Forschung und Bildung Hannover, erinnerte vor ca 300 Zuhörern daran, daß der Sprecher der niedersächsischen Landesregierung, Hilmar von Poser erklärte, man ziehe zwar nicht Gorleben, jedoch einen anderen Ort im Landkreis Lüchow-Dannenberg als WAA-Standort in Betracht.

Dies wird erhärtet von neuerlichen Äußerungen Ministerpräsident Albrechts, er sei an einer WAA in Niedersachsen interessiert. Der Antrag auf eine Gorleben-WAA wurde nie zurückgenommen.

Der damals verantwortliche Leiter, Klaus Grossner erklärte, daß ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten über die ökologische Gesamtsituation im Landkreis von der Landesregierung abgewürgt wurde. Dies bedeute, daß das nächste Jahr aufnahmebereite Zwischenlager in Gorleben als die größte Ansammlung von Plutonium in der Weltgeschichte ohne jedwede Untersuchungen über die möglichen Auswirkungen auf die Umwelt gebaut wird.

Ähnliches befürchtet die BI für das Gutachten des Kieler Quartärgeologen, Professor Klaus Duphorn, der ein vernichtendes Urteil über die Eignung als Endlager für Atommüll des Gorlebener Salzstockes gefällt hat. Dazu Hirsch: "Der Salzstock wird gesundgebetet."

Der Berliner Rechtsanwalt, Reiner Geulen, der seit Jahren für betroffene Bürger des Landkreises Prozesse führt, erklärte: "Die Entwicklungen zeigen, daß die Gorlebener Planungen nicht mehr auf dem Boden rechtsstaatlicher Planungsverfahren realisiert werden können." Der Widerstand müsse sich von der juristischen mehr auf die politische Ebene verlagern, meinte Geulen.

Über die beispiellose Kriminalgeschichte der Ansiedlung von Atomanlagen im Landkreis, wie Grossner es nannte, erarbeitete die BI eine 500-seitige Dokumentation. Zu bestellen über das BI-Büro, 05841-4684.

Kontakte:

Geulen: 030-883 7071/72 Hirsch: 0511-69 63 130

Wir bitten um Spenden auf Postscheckkonto Hannover 4324 22-308